

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

40. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 8. Juli 1902.

№ 78.

Die Münchener Generalversammlung.

I.

Aufreibende, arbeitsreiche Tage waren es, die den Delegierten in der „Münchener Woche“ beschieden waren. Alle die Wünsche und Hoffnungen, die in den letzten drei Jahren in der Kollegenschaft lebendig geworden sind, waren zu einer Unmasse von Anträgen verdichtet und harteten nun der Prüfung und Beschlußfassung der Generalversammlung. Und doch ist es verständlich, daß diese große Zahl von Anträgen das Licht einer für sie undankbaren Welt erblicken mußte. Die Kollegenschaft weiß nun einmal für die Realisierung ihrer Wünsche keine andre Institution als die Generalversammlung, diese ist für die Masse der Mitglieder der vornehmste Ort, um durch ihre Vertreter das Wünschen und Wollen dokumentieren zu lassen, das in der Kollegenschaft nach Geltung ringt. Es liegt da ein Stück gläubigen Vertrauens in die Stärke und die Macht der Organisation darin, das so oft zum Ausdruck kommt durch die Worte vom Verbands als den Hort in allen Lebenslagen! Tritt dann noch ein ungeahntes Wachstum der Mitgliederzahl hinzu, das zeitlich mit veränderten technischen oder neuen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen zusammenfällt, wodurch über diese Zeit- und Streitfragen wiederum lebhafteste Diskussionen in den Mitgliedschaften bedingt sind, so muß dieses innere Leben einen festen Halt suchen, muß aller Widerstreit der Meinungen an eine letzte Instanz appellieren, von der man die Gewähr hat, daß sie nur nach ernsthafter, unbeeinflusster Prüfung ein von Sachkenntnis getragenes letztes Wort spricht.

Wir finden also alle die gestellten Anträge ganz erklärlich, wir finden es aber ebenso selbsterklärend, daß im Interesse der Mitglieder die Generalversammlung die der Organisation gezogenen Grenzen nicht überschreiten lassen durfte. Daß dabei der eine oder andre Antrag in der Behandlung zu kurz kommen kann, ist nicht ausgeschlossen, denn auch eine Generalversammlung setzt sich nur aus Menschen zusammen, die irren können. Ein Apparat von 104 Delegierten ist unter Umständen für die Behandlung von Detailfragen ebenfalls ungeeignet und nicht nur die Kostenersparnis allein läßt hier eine Verminderung der Delegiertenzahl wünschenswert erscheinen, wie denn ja auch künftig statt auf 300 erst auf 400 Mitglieder ein Delegierter entfallen soll. (Diesbezüglich wolle man in unserer Berichterstattung in Nr. 74, 2. Seite, 2. Spalte, 15. Zeile von oben das Wort „abgelehnt“ in angenommen umwandeln.) Es wird aber — alles in allem — der Generalversammlung nicht bestritten werden können, daß sie die umfangreiche Tagesordnung in langen Sitzungen mit größter Objektivität erledigte und die Kollegen haben allen Grund, ihren Delegierten dafür Dank zu wissen. Dieser hat sich aber auch auf den Vorsitzenden des Verbandes zu erstrecken, der in außerordentlich geschickter Weise die Verhandlungen zu leiten und in einer Woche zu beendigen wußte. Daß viele Delegierte durch häufige „Schlußanträge“ nicht zu Worte gekommen sind, läßt sich nur einmal nicht vermeiden und legt für die Zukunft den Be-

teiligten eine anderweite Ausnutzung der Situation nahe. Man nehme sich in dieser Beziehung den Gewerkschaftskongress zum Muster. Da erhalten Referenten eine Stunde, Diskussionsredner zehn Minuten Redezeit. Wenn sich da Freunde oder Gegner einer Sache unter einander verständigen, können sie sehr wohl einen Gegenstand erschöpfend behandeln. Wenn aber beispielsweise in München zwei Diskussionsredner zweiundeinehalbe Stunde reden, so ist es erklärlich, daß dadurch mindestens zehn Rednern das Wort abgeschnitten werden muß, wodurch dann wiederum nach außen nur ein einseitiges Bild der Verhandlungen hervortritt. Bekanntlich läßt man bei uns den ersten Rednern immer etwas mehr Spielraum auf Kosten der übrigen Redner. Kann man sich hier in Zukunft nicht zu einer Milderung verstehen, braucht man sich nachträglich nicht zu beklagen, „unter den Tisch gefallen“ zu sein. Aus Delegiertentreisen wurde eine viertelstündige Redezeit für die Diskussionsredner beantragt, dem wurde jedoch nicht stattgegeben; das nächste Mal wird man derartige Anträge unter dem Gesichtswinkel der Münchener Erfahrungen jedenfalls etwas ernsthafter würdigen.

Den ersten Tag der Verhandlungen füllte die Generalversammlung der Zentralinvalidenkasse in Biqu. und der Geschäftsbericht des Vorstandes des Verbandes aus. Daß die erstere nach Berlin verlegt wurde, wird überall gutgeheißen werden, ebenso daß dem verdienten langjährigen Kassierer Urndts eine Extravermuneration von 500 Mark als Ehrengeld bewilligt worden ist. Beim Geschäftsberichte des Verbandsvorstandes war unser Gedächtnis die Hypothekendebatte vollständig überflüssig, aber bekanntlich ist am ersten Tage die Debatte, noch nicht in die engen Grenzen gebannt, wie dies dann später der Fall sein muß. Vom Kollegen Feuerstein wurde unsre 1900 im Auftrage des Verbandsvorstandes verfaßte Jubiläumsschrift als „eine Tendenzschrift im besten Sinne des Wortes“ bezeichnet, eine Auffassung, mit der der Redner ziemlich allein stand. Wir erinnern daran, daß selbst Parteigenossen Feuersteins seinerzeit dieser Schrift einen gewissen Wert zugestanden, jedenfalls weil diese nicht Buchdrucker das Werkchen als Ganzes zu würdigen wußten. Die beim Geschäftsberichte geäußerten Beschwerden der Delegierten aus Rheinland-Westfalen reduzierten sich in der Debatte auf Differenzen zwischen einzelnen Mitgliedschaften jener Provinzen und dem Zentralvorstande. Nach geschener Aussprache und näherer Untersuchung dieser Beschwerden wird man auch in Rheinland-Westfalen einsehen, daß der Zentralvorstand bei der Vertretung und Förderung der Interessen der Mitglieder keinen Unterschied zwischen einzelnen Provinzen oder Mitgliedschaften macht. Hoffentlich sind die Vertreter aus dem Rheinlande, nachdem sie auch den andern Teil gehört, ohne Groll aus München geschieden und sind somit befähigt, im Organisationsinteresse beruhigend zu wirken. Dieser Hoffnung sind wir um so mehr, da ja der Geschäfts- und Rechenschaftsbericht des Vorstandes einstimmig und Genehmigung fand. — Die unerquicklichen Erscheinungen bei der Stichwahl im Gau Frankfurt-Hessen gaben der Mandats-

prüfungskommission Anlaß zu einer scharfen Zurückweisung der dort beliebt gewesenen Wahlmanöver und wird es zu begrüßen sein, wenn dem Gau innere Zermürbungen erspart bleiben.

Der zweite Verhandlungstag setzte ein mit der Beratung der Abänderungsanträge zum Statut. Da war es vor allem die beantragte Verbands-Witwenkasse, welche eine lebhafteste aber sachliche und interessante Debatte hervorrief. Wir gehören bekanntlich zu den Freunden einer solchen Kasse, denn unsere Frauen müssen auch den Kampf ihrer Männer mitkämpfen und leiden des öftern darunter vielleicht härter als die Kollegen selbst. Es wäre ein Akt der Klugheit, der Dankbarkeit und der Möglichkeit, mit ein paar Mark monatlich sich auch derer zu erinnern, die zu gunsten der Organisation vieles entbehrt und deren wirtschaftliche und soziale Stellung nach dem Tode des Mannes in den meisten Fällen eine so entsetzlich traurige ist. Wir können unseren Kollegen nicht zumuten, unerschwingliche Beiträge an Lebensversicherungs-gesellschaften zu zahlen, um den Aktionären fette Dividenden herauszuschinden, wir sind vielmehr der Meinung, daß der Verband ohne Gefahr für seinen Bestand und eine gesunde Entwicklung eine Witwenkasse errichten kann. Doch alle dafür sprechenden Momente jetzt zu erörtern oder die Einwendungen der Gegner dieser Kasse zu entkräften, ist überflüssig, da ja auf drei Jahre hinaus diese Angelegenheit ruht und der Verbandsvorstand bis zur nächsten Generalversammlung Erhebungen anzustellen und dieselben dann einer Beschlußfassung unsers Parlaments zu unterbreiten hat.

Befriedigung dürfte es in Korrektorenkreisen hervorrufen, daß prinzipiell der Aufnahme von Korrektoren in den Verband nichts mehr entgegensteht. In Ausnahmefällen die Aufnahme zu verweigern, bedeutet keinen Ausnahmeparagraphen gegenüber den Korrektoren, da ja bisher in allen Fällen Aufnahmegeheuche abgelehnt werden konnten. — Die zu § 2 gestellten Anträge, die fernere Mitgliedschaft betreffend (siehe Corr. Nr. 74), wurden abgelehnt und bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen. Es ist nicht mehr wie recht und billig, den Kollegen die Möglichkeit, einen andern Beruf zu ergreifen, zu erleichtern, daran hat auch die Organisation ein Interesse. Ihnen zu erschweren, den Versuch zur Gründung einer besseren Existenz wagen zu können, dazu haben wir kein Recht. — Das wäre aber der Fall, wenn wir ihnen das Verbleiben oder die Rückkehr zur Organisation unumöglich machen würden. Auch in diesem Falle läßt sich nicht alles über einen Kamm scheren. — Die vom Verbandsvorstande zum § 5 beantragten neuen Absätze, welche durch die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches notwendig geworden sind, wurden einstimmig beschlossen und sofort in Kraft gesetzt. Diese Zusätze zu beschließen war notwendig, um zu verhindern, daß irgend ein Mitglied den Fortbestand des Verbandes gefährden kann.

Alle Anträge, die darauf hingingen, die Institution der Gauvorstände aufzuheben oder eine anderweite Zusammenfassung der Generalversammlung herbeizuführen, wurden abgelehnt,

lediglich die bereits erwähnte Erhöhung der Zahl von 300 auf 400 wurde beschloffen. Es ist nicht mehr wie recht und billig, bewährte Institutionen aufrecht zu erhalten und den Mitgliedern muß es überlassen bleiben, den mit ihrer Vertretung zu beehren, der sich das Vertrauen der Kollegen zu erwerben verstanden hat. — Bezüglich der Anlegung von Geldern kam die Generalversammlung zu dem Entschiede, daß diese Anlegung mündelicher zu geschehen habe.

Die deutschen Arbeiterssekretariate im Jahre 1901.

Der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften ist es mittels einiger Erhebungen durch Fragebogen gelungen, für das vergangene Jahr einen weit besseren Ueberblick über die Einrichtungen und Tätigkeit der Arbeiterssekretariate zu erhalten. Haben diese Schöpfungen der neuern Periode deutschen Arbeiterlebens nun auch für die Erfüllung der rein gewerkschaftlichen Aufgaben keine allzu große Bedeutung, so bilden sie doch auf dem weiten Gebiete der Arbeiterversicherung und des Arbeiterrechtes so wesentliche und bewährte Faktoren, daß ein zusammenfassender Bericht über ihre Jahresarbeit nicht nur notwendig, sondern auch für unsere Leser eine sehr nutzbringende Lektüre sein wird.

Im Vorjahre hat sich also die Zahl der Arbeiterssekretariate um 6 vermehrt, zwei gingen ein, so daß mit einem Bestande von 35 das laufende Jahr begonnen werden konnte. Die Unterhaltungskosten der Sekretariate werden fast allgemein von den Kartellen getragen, für die in Beuthen und Bosen bestehenden gibt die Generalkommission, für das Gelsenkirchener der Bergarbeiterverband die nötigen Mittel her, für einzelne Sekretariate tragen etliche Gewerkschaften den Hauptanteil der Kosten; das in Mühlheim a. M. befindliche wird von einem Konsumvereinsangehörigen unentgeltlich verwaltet. Feste Beiträge von den Gewerkschaften werden für 24 Sekretariate erhoben, Berlin mit 10 Pf. pro Jahr und Mitglied ist der niedrigste, 1,44 Mk. in Köln der höchste. In Dortmund und Wolgast ist das Umlageverfahren üblich, in fünf Fällen werden von politischen Vereinen, Parteiuinternehmen, Redaktionen und Verlegern, in vier von anderen Arbeitersorganisationen und in drei von Genossenschaftlichen Zuschüsse geleistet. Behördliche Zuwendungen sind erst gegenwärtig und zwar bei dem Goltzhaer Institut zu verzeichnen.

Der Kreis der Aufgaben der Sekretariate erstreckt sich in der Regel neben der mündlichen und schriftlichen Auskunftserteilung in Gewerkschaftsangelegenheiten und Rechtsfragen auf die Uebermittlung von Beschwerden an die Gewerbeaufsicht. In Frankfurt a. M., München und Stuttgart fällt diese letztere Aufgabe den angeschlossenen Gewerkschaftssekretariaten zu; in Freiburg und Waldenburg haben die Sekretariate diese Aufgaben nicht. Die Rechtsvertretung vor Gewerbe- und Zunftungsgerichten und Versicherungsinstanzen übernehmen 14 Sekretariate; der Waldenburger Sekretär ist ausdrücklich als Prozeßbevollmächtigter bei dem Amtsgerichte zugelassen. Statistische Arbeiten werden von 20 Sekretariaten übernommen; in München und Frankfurt a. M. liegt dieses dem Gewerkschaftsbüreau ob. Der gewerkschaftlichen Agitation wie auch der Förderung der Organisationen in den betreffenden Orten widmen die Sekretäre einen nicht unbedeutenden Teil ihrer Tätigkeit. In Beuthen und Bosen besorgen die Sekretariate sogar die Beitragsentziehung und Befestigung der Fachoargane für die einzelnen Gewerkschaften und an nicht weniger als sieben dieser Institute werden Mitgliederanmeldungen entgegengenommen.

Die Auskünfte werden fast überall an jedermann ohne Rücksicht auf Wohnort, Stand und Organisation erteilt. Nur in Hamburg, Gelsenkirchen und Wolgast werden Unorganisierte, sofern eine gewerkschaftliche Organisation für sie vorhanden ist, zurückgewiesen; seit dem 1. Januar 1902 wird auch in Halle Auskunft nur noch an Organisierte und Organisationsunfähige erteilt.

Die Auskunftserteilung geschieht für organisierte Arbeiter meist unentgeltlich; die einzige Ausnahme war in Freiburg i. B., dort ist das Sekretariat aber seit Ende vorigen Jahres eingegangen. Dagegen werden von Unorganisierten (Personen, die nicht Mitglieder einer der beteiligten Organisationen sind) bei fünf Sekretariaten für Auskünfte, bei zehn Sekretariaten für die Aufsertigung von Schriftstücken und bei vier Sekretariaten für Zeiterklärungen durch Rechtsvertretung Gebühren erhoben, die in der Regel nicht über die Erstattung der Ausgaben für Papier, Abschreibelohn, Porti usw. hinausgehen und auch finanziell nur unbedeutend ins Gewicht fallen. Der Bericht wartete auch in diesem Jahre wieder, etwaige Gebühren nach bestimmten Sätzen und ohne Rücksicht auf die wirklichen Ausgaben zu erheben, die Gefahr einer Unterstellung unter die Gewerbeordnung (stege dann sehr nahe und dieser Eventualität müsse unbedingt vorgebeugt werden. Die von der Generalkommission geleiteten Prozesse in Bosen und Beuthen wie auch die Erklärung Posaadowstys im Reichstage haben die Situation darüber jetzt etwas geklärt, wenn auch nicht für alle Behörden, denn Verurteilung, mit dem § 35 der Gewerbeordnung den Arbeiterssekretariaten ein Verbot zu stellen, fehlen auch jetzt nicht.

Von der Position Einnahmen und Ausgaben wollen wir nur einige Daten bringen, die in ihren Unterscheidungen gewiß von Interesse sind. In der Höhe der Einnahmen rangiert nämlich Hamburg als erste Stadt mit 20626 Mk., dann folgen Nürnberg mit 13432 Mk., Bremen-Hafen mit 11592 Mk., Stuttgart mit 10462 Mk., Frankfurt a. M. mit 8916 Mk.; nach unten Tuttlingen mit 976 Mk., Freiburg i. Br. mit 372 Mk., Würzburg mit 245 Mk. und Wolgast mit 12 Mk., Jena und Mühlheim a. M. sind ohne Einkünfte verzeichnet. Die meisten Ausgaben weist Nürnberg mit 11646 Mk. auf, hiernach folgen Stuttgart mit 9246 Mk., Frankfurt a. M. mit 9151 Mk., Hamburg mit 8630 Mk. Unter 1000 Mk. Ausgaben hatten: Tuttlingen 976, Freiburg i. Br. 352, Würzburg 248 und Wolgast 12 Mk. Berlin hat kein eigentliches Sekretariat, das Bureau der Gewerkschaftskommission versteht die Funktionen eines solchen mit, in Einnahme und Ausgabe sind für dasselbe 7000 Mk. verzeichnet.

Siebzehn Sekretariate haben je einen, acht je zwei und sechs je drei, zusammen also 51 Beamte. Von diesen haben 41 in 24 Sekretariaten feste Gehälter, dieselben schwanken für Sekretäre zwischen 2500 Mk. (Hamburg) und 780 Mk. (Würzburg) sowie 800 Mk. (Altenburg); in den letzteren Fällen bekleiden die Sekretäre mit Besoldung verbundene Nebenämter. Sieht man von den Angestellten mit Nebeneinkommen ab, so steht Darmstadt mit 1200 Mk. auf der untersten Stufe. Für Hilfsbeamte werden 900 bis 1920 Mk. pro Jahr gezahlt.

Von 30 Sekretären arbeiten zwei nur täglich zwei Stunden, einer wird gar nur 1½ Stunden vom Sekretariatsdienste beansprucht; bei einem erreicht diese Dauer vier, bei einem fünf und bei einem sechs Stunden. Die normale Vollarbeitsdauer von acht Stunden ist üblich in 13 Sekretariaten, in einem wird acht bis neun Stunden, in vier neun Stunden, in zwei zehn Stunden, in einem 10½ Stunden täglich gearbeitet. Zehn bis elf bezw. bis zwölf Stunden geben die Sekretariate von Beuthen und Bosen an, die als Gewerkschaftsbüreaus vor allen in den Abendstunden benutzt werden. — Sonntagsdienst ist in 20 Sekretariaten nicht vorhanden, in zehn Fällen ist das Sekretariat auch Sonntags geöffnet und zwar ein bis fünf Stunden. In München, wo die Angestellten Sonntags abwechselnd zwei Stunden tätig sein müssen, hat jeder Sekretär den dritten Sonntag dienstfrei.

Ginrichlich der Besucherzahlen steht das Frankfurter Sekretariat mit 24247 Besuchern oben; dann folgen das Nürnberger mit 16539 und das Kölner mit 14352 Besuchern. In weiteren Abständen folgen die Sekretariate von Beuthen (10783), Bremen (9751), Hannover (9646), München (9281), Hamburg (8712), Stuttgart (8465), Halle (8339), Altona (7581), Breslau (7145) und Mannheim (6082). Die niedrigste Frequenz innerhalb zwölf Monaten hatte Mühlheim a. M. mit 132 Besuchern aufzuweisen. Die Gesamtfrequenz der 29 Sekretariate, die allerdings keinen einheitlichen Zeitraum betrifft, beträgt 187363 Besucher, von denen 46,8 Proz. gewerkschaftlich organisiert waren.

Auskünfte wurden im ganzen von 29 Sekretariaten 173548 erteilt, doch ist diese Tätigkeit in Wirklichkeit bedeutend größer, weil die Eintragungen in dieser Beziehung nicht vollständige gewesen sind. Die meisten Auskünfte wurden mündlich erteilt, die Zahl der schriftlich gegebenen betrug 19353, die der schriftlichen Ausgänge überhaupt 37128. Von den erteilten Auskünften entfielen 28 Proz. auf das bürgerliche Recht, 26 Proz. auf die Arbeiterversicherungsgeetze, auf den Arbeits- und Dienstvertrag 17 Proz., auf kommunale und staatsbürgerliche Angelegenheiten 8 Proz., auf das Strafrecht 7 Proz., auf Gewerbeachen 1 Proz., auf das Gebiet Arbeiterbewegung 1 und unter Diverse zählten 12 Proz.

Rechtshilfe und Rechtsvertretung gewährten und übernahmen die Sekretariate fast ausnahmsweise. So wurden 166 gewerbegerichtliche Klagen von 9, solche der Arbeiterversicherung in 693 Fällen von 16 Sekretariaten und auf dem der Gewerbeaufsicht 77 Fälle von 6 Sekretariaten erledigt.

Im Berichtsjahre erfuhr das Beuthener Arbeiterssekretariat nicht weniger als vier Anklagen, ausgenommen eine Reihe gerichtlicher Verfahren, die zur Erhebung von Anklagen nicht führten. In zweien dieser Fälle wurde der Sekretär freigesprochen, in einem Falle verurteilt, während einer noch nicht erledigt war.

Die Zahl der durch die Arbeiterssekretariate durchgeführten beziehungsweise bearbeiteten Erhebungen betrug 61, wovon 14 allgemeiner und 47 beruflicher Natur waren; eine allgemeine Erhebung und 40 Berufsstatistiken entfallen allein auf Berlin, wobei es sich um zwei allgemeine Arbeitslosenbefragungen und deren Spezialberatung für 40 einzelne Berufe durch das Gewerkschaftsbüreau handelt.

Unzweifelhaft haben die Arbeiterssekretariate also auch im verfloffenen Jahre ihren gesteckten Zielen mit anerkanntem Eifer und meistens auch mit gutem Gelingen nachgestrebt, einige, wie das bestens bekannte Nürnberger, leisteten eher ein Zuviel als Zuwenig. Die Arbeiter erhalten von ihnen billigen und sachgemäßen Rat in allen Fällen dieses wechselvollen Lebens, sie brauchen nicht den Bestand jener oft sehr zweideutigen Elemente, die namentlich in den Großstädten eine parasitäre Existenz führen. Wenn wir nun trotz dieser bedingungslosen Anerkennung zur größten Vorsicht bei weiteren Gründungen mahnen, so wollen wir damit nicht etwa von solchen abhalten, sondern nur die Frage der Rentabilität und der Notwendigkeit in den Vordergrund der Erwägungen drängen.

Korrespondenzen.

Berlin. In der Vereinsversammlung vom 18. Juni wurde unter Vereinsangelegenheiten die Mitteilung eines Prinzipals an den Vorstand erwähnt, wonach ihm sich ein Kollege unter der Versicherung, in sämtlichen Arbeiten firm zu sein, für 13 Mk. Wochenlohn angeboten hat; wenn solches Vorkommnis auch als Zeichen der Zeit angesehen werden konnte, so war andererseits die Erkenntnis auf der Seite des Arbeitgeber zu verzeichnen, daß solcher Prostitution der Arbeitskraft nicht stattgegeben werden dürfe, somit das Anerbieten abgelehnt wurde. Weitere Mitteilungen betrafen die Erklärung des zum Delegierten zur Generalversammlung gewählten Maschinen-sekretärs Christel, wegen geschäftlicher Dispositionen sein Mandat nicht ausüben zu können, sowie die jüngsten Vorkommnisse in Leipziger Prinzipalskreisen, welche durch einen Antrag Muzs, den neuabgeschlossenen Tarif zu revidieren, veranlaßt wurden, aber ersuchterweise an dem sozialen Verständnis der übrigen Leipziger Prinzipale scheiterten. Auch wurde der letzten zu verzeichnenden Vorkommnisse in der österreicherischen Bruderorganisation Erwähnung getan und der Wunsch ausgesprochen, daß eine die Differenzen beseitigende Mehrheit der Mitglieder Platz greifen möge. — Bei der Erwahlung eines Beisizers zum Gauvorstande wurde Kollege Jendt gewählt. An Remunerationen wurden dem zweiten Vorsitzenden 50 Mk. und den Schriftführern je 40 Mk. bewilligt und der Vergütungskommission ein Vorschlag von 1000 Mk. zum Jahreslohn gewährt. — An Personalveränderungen war der Austritt des Sekretärs Josef Weiß, des Viehschützen Wilsch, Kohns und des Druckers Herrn. Gantenfeld wegen Berufsveränderung zu melden. Invalide geworden ist der Druckerkolleg Karl Karas und verstorben sind die Segeerkollegen Bruno Werber, Reinhold Pradenpohl und Alwin Horstig.

Bern. Vom internationalen Sekretär Staudner erhalten wir folgende Zuschrift: „Eben erhalte ich den Corr. Nr. 75, worin über die am Samstag den 28. Juni in München stattgehabte Besprechung über das internationale Buchdrucker-Sekretariat berichtet wird. Auf ganz unbegriffliche Weise wird mir da zugeschrieben, was ich nicht gesagt und nicht gedacht habe. In der Beilage, erste Spalte, heißt es, ich hätte betont, daß es nicht ausgeschlossen sei, daß sich der Esch-Lothringische Buchdrucker-Verband über kurz oder lang doch einmal dem Deutschen Verbands anschließen werde. Dies ist einfach unwahr, so wie es da gesagt ist: Ich habe eingangs konstatiert, daß durch die Heranziehung der Esch-Lothringische Besprechung vom Luzerner Kongresse und vom Internationalen Sekretariate devitiere (abwende) und dann in allgemeinen Grundzügen von dem Verhältnis des Deutschen Verbandes zu anderen beim Sekretariate affiliierten Organisationen gesprochen. Als ich in dieser Debatte nochmals das Wort ergriffen habe, wie es in Spalte 2 angegeben ist, habe ich gesagt, daß ich es für bedauerlich halte, daß man in dieser Weise von einem Nachbarverbande rede, und zum Zeichen dafür, daß in Straßburg nichts gegen den Deutschen Verband geschehen ist, angeführt, daß dort das Bestreben vorgeherrschet habe, das Esch-Lothringische Statut demjenigen des deutschen anzupassen. Dann habe ich nochmals vom Internationalen Sekretariate gesprochen. In Erwartung des offiziellen Protokolls fällt es mir nicht ein, darüber zu klagen, daß das Wesentliche, was ich über das Internationale Sekretariat gesagt habe, im Corr. nicht vermerkt ist; aber ich kann es doch nicht hingehen lassen, daß man mir eine Haltung zuschreibt, die ich nicht innegehabt habe. Die Sprache, die mir da in den Mund gelegt wird, wäre doch zum mindesten eine Lachlosigkeit seitens des Angestellten sämtlicher Verbände, und ich darf Sie wohl bitten, obige Berichtigung im Corr. aufzunehmen.“

Girshberg (Schlesien). (Nach eine Bundesstübe.) In der Nummer der Berliner Post vom 2. Juni befindet sich folgende Notiz, welche wir nicht mit Still-schweigen übergehen, sondern dem weitesten Kollegienkreise bekannt geben wollen, da diese Zeilen das Interesse dieser, welche früher hier konditioniert oder durch sonstige Umstände mit den hiesigen Verhältnissen vertraut, in Anspruch nehmen dürften. Die Notiz lautet: „Verschwunden. Der Redakteur und Geschäftsführer der Steglitzer Zeitung, Karl H. Heise, ist seit Sonnabend früh verschwunden, angeblich ist er nach der Schweiz abgereist. Er soll mit einer in Steglitz ansässigen Schriftstellerin . . . längere Zeit eine Bekanntschaft unterhalten haben, was schließlich zum Bruche mit seiner Frau führte, welche in Oberhönnewide mit ihren drei Kindern getrennt von H. lebt. Außerdem wurde H. von seinen Gläubigern hart bebrängt und sollte in Kürze den Offenbarungseid leisten. Er war Mitglied einer Guttempler-Loge und Aufsichtsratsmitglied der Genossenschaft Zentralbureau der Vereinigung deutscher Grundstücksvermittler, Berlin O.“ — Wir hätten hierzu noch ergänzend zu bemerken, daß dieser Herr Heise im Jahre 1891 am hiesigen Orte eine „berühmte“ Rolle spielte, da er den Kaufverweiger machte und später einen Ortsverein des Guttenberg-Bundes gründete, dem er bis zu seinem Weggange als Führer und erfruchtigter Berseher und Förderer vorstand. Nebenbei erregte damals H. noch gewisse Aufsehen, zu weilen auch nur Heiterkeit durch sein überspanntes Benehmen und Auftreten. Leider ist bei der Zeitungsnotiz die Angabe vergessen worden, ob H. gegenwärtig noch Mitglied des Guttenberg-Bundes und in diesem nicht auch noch eine Vertrauensstellung einnimmt, da nach seinem

damaligen Aeußerungen er niemals aus dem Bunde austreten würde, und nun macht dieser Herr solch seine Sachen und nimmt ein unruhliches Ende, wodurch der Bund wieder einen seiner „Getreuesten und Besten“ verloren haben dürfte.

s. Bezirk Dsnabrück. Die am 29. Juni auf der Berglust in Melle abgehaltene zweite diesjährige Bezirksversammlung erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Nach der obligaten Begrüßung seitens des Meller Ortsvereinsvorsitzenden sowohl als wie auch des Bezirksvorsitzers nahm der Vorsitzende Veranlassung, näher auf die tariflichen Verhältnisse in Dsnabrück und Melle einzugehen. Wenn auch einesseits ein Erfolg in tariflicher Beziehung zu verzeichnen ist, so muß doch andererseits noch manches getan werden, bis vollständig tarifliche und somit annehmbare Zustände Platz gegriffen haben. Speziell in Dsnabrück dürfte, abgesehen von den Gewerkschaften, denen ja die tarifliche Aufbesserung auf Heller und Pfennig zu teil wird, kaum von einer Tarifreue der Herren Zeitungsdruckerbesitzer die Rede sein, wenn von diesen verlangt wird, daß ihre früher im Berechnen arbeitenden Gehilfen das denselben jetzt ausgezahlte neue Minimum nach dem alten Tarife verdienen sollen. Jedenfalls ist dieser Zustand auf die Dauer unhaltbar und muß hierin noch Wandel geschaffen werden. Dem vom Kassierer erstatteten Kassenberichte ist die unerfreuliche Tatsache zu entnehmen, daß unser Arbeitslosenheer ein immer größeres Kontingent aufweist und auch in absehbarer Zeit in dieser Beziehung wohl kaum eine Besserung zu erwarten ist. Nach der Nominierung von Kandidaten zu einem eventuell in nächster Zeit abzuhaltenden Goutage berührte der Vorsitzende unter Verschiedenes sodann noch die wichtigsten Fragen und Beschlüsse der soeben abgehaltenen Generalversammlung unsers Verbandes sowie des vierten deutschen Gewerkschaftskongresses und wurde darauf die Versammlung geschlossen. — Anschließend hieran fand das Bezirks-Johannisfest statt, welches aus mancherlei Gründen nicht allenthalben befriedigte.

Ludwigshafen a. Rh. Die Bezirksvereine Neustadt a. G., Kaiserslautern und Ludwigshafen a. Rh. begingen ihr diesjähriges Johannisfest durch einen Ausflug in das Saarobstgebiet. Morgens 8 Uhr erfolgte vom Bahnhofe Neustadt der Abmarsch der fröhlichen Schar — weit über 200 Personen zählend — unter Vorantritt einer Musikkapelle durch das Schöndal (Königsruhe) nach dem Raltenbrunner Tale an das Winloch. Hier wurde zum erstenmale Raft gemacht und musikalische, Gesangs- und „Einzel“-Vorträge, Wettlaufen usw. verkürzten die Zeit, bis der Ausbruch heranrückte. Durch das Großjüngstertal ging es sodann nach dem Waldbause und von dort nach Neustadt a. G. ins Bürgerliche Brauhaus, woselbst Gartenkonzert, verbunden mit Tanzunterhaltung, Preisquadräteln, Hochfischen usw., stattfand. Leider vergingen die Stunden nur zu rasch, so daß man sich nicht allzulange dem vielseitig Gebotenen hingeben konnte. Trotz alledem kehrte ein jeder hochbefriedigt über den Ausflug bzw. die Feier in seine Heimat zurück und können wir es uns nicht versagen, den Neustädtern unsere Anerkennung dafür zu zollen, daß sie es verstanden haben, den auswärtigen Kollegen alles das zu bieten, was sie suchten.

Zübingen. Am 21. Juni hielt der hiesige Ortsverein sein erstes Stiftungsfest und zugleich seine Johannisfeier ab. Musik, Gesang, Theater, komische Vorträge und Tanz wechselten in bunter Folge einander ab; Kollege Elwert begrüßte die Anwesenden, besonders aber unsere Heutigen Gäste und Kollege Felle hielt die schwungvolle Festrede. Dem unter der Leitung des Kollegen Hiller stehenden Singchor wurde reiches Lob zu teil. Am nächsten Tage fand ein urfideler Frühschoppen statt. Der junge Verein kann mit Genugtuung auf seine Johannisfeier zurückblicken und wird auch fernerhin das Gute und Edle im Auge zu behalten wissen.

Hemsfeld. Das Johannisfest des hiesigen Ortsvereins wurde in diesem Jahre im Giffen bei Wermelskirchen gefeiert und verlief vorzüglich. Bei herrlichem Wetter und in gehobener Stimmung marschierten Männlein, Weiblein und Kinder von hier ab zum Festlokale. Nachdem der Kaffee eingenommen war, hielt Kollege Schleich eine in kurzen kernigen Worten gehaltene Festrede. Bei verschiedenen Spielen und Tanz verlebte man noch recht fröhliche Stunden, die im Vereinslokale ihren Abschluß fanden. Unserem Vereinswirte hier an dieser Stelle nochmals besten Dank für das zur Nachfeier gewollte Fäßchen.

Rundschau.

Der Oberbürgermeister von Barmen tritt so energisch für die tariffeindliche Firma D. B. Wiemann daselbst ein, daß eine Klärung desselben über den Zweck der Tarifgemeinschaften, vielleicht seitens des Tarif-Amtes, als recht notwendig erscheint. Der genannte Herr hat nämlich unterm 5. Juni folgende Verfügung erlassen: Zu meinem großen Bedauern habe ich die Beobachtung gemacht, daß meine Verfügung vom 15. Mai 1900, betreffend die Vergütung der Drucksachen für die städtische Verwaltung, nicht in allen Teilen beobachtet wird. So werden von einzelnen Dienststellen die Drucksachen häufig direkt einer Druckerei übergeben, obgleich sie nach meiner Verfügung an den Stadtkämmerer abzugeben sind. Ich erwarte, daß in Zukunft hiergegen nicht wieder verstoßen wird. In Ergänzung von meiner Verfügung setze ich die Dienststellen davon in Kenntnis, daß seit dem 1. April die

Druckerei von D. B. Wiemann das amtliche Kreisblatt herausgibt, also alle zur Verhandlung in der Stadtverordnetenversammlung bestimmten Drucksachen zu drucken hat. Da ferner D. B. Wiemann auch bei der Vergütung der allgemeinen Druckarbeiten, wozu auch Formulare aller Art gehören, den Zusatzen für 1901 und 1902 erhalten hat, so darf eine andere Firma bei Verteilung dieser Arbeiten unter keinen Umständen berücksichtigt werden. Eine Ausnahme hiervon habe ich nur den Leitern der höheren Knaben- und Mädchenschulen und der Fachschulen hinsichtlich der Jahresberichte gestattet. Ich werde deswegen diejenigen Beamten, die in Zuwendung meiner Verfügung bei einer andern Firma arbeiten lassen, abgesehen von einer dienstlichen Befragung, für etwaige Mehrkosten haftbar machen.

Die Zentral-Invalidentasse in Bismarckstr. der Buchdrucker siedelt bekanntlich von Stuttgart nach Berlin über, weil man in Preußen von derartigen Fonds keine Steuer erhebt, während die genannte Kasse in Württemberg bisher nur 13000 Mk. Kapitalsteuer zahlen mußte. Der Zusatz hat es gefügt, daß in demselben Augenblicke, als der Auswanderungsbeschluß von unsrer Generalversammlung gefaßt wurde, die Abgeordnetenversammlung in Württemberg beschloß, die kirchlichen Fonds von dieser Steuer zu befreien!

Die Firma Hayns Erben in Berlin verkaufte im Jahre 1872 das Berliner Adreßbuch an eine andere Firma, an deren Stelle später die Firma Löwenthal trat, gegen eine jährliche, nach der Zahl der abgesetzten Exemplare sich bestimmende Entschädigung. Im Jahre 1896 ließ die letztgenannte Firma, durch die Konkurrenz der Firma Scherl hart bedrängt, das Adreßbuch eingehen und erhielt dafür von Scherl eine Abfindungssumme. Die Firma Hayns Erben verlangte auf Grund ihres Vertrages die Hälfte der Abfindungssumme und erhob, als die Zahlung verweigert wurde, Klage, über die kürzlich das Reichsgericht endgültig entschied und zwar zu Gunsten der Kläger.

In Ergänzung der Notiz in voriger Nummer aus Köpchenbroda ist noch mitzuteilen, daß der Unfall im Motorraume geschah, zu dem der Zutritt auch dem Benutzungsklitten verboten war. Man nimmt an, daß Kofft ausgeglitten und mit dem einen Arme in das Schwungrad gekommen, das ihn erfaßte und herumschleuberte, wobei er auf die Dynamomaschine aufschlug. Man fand ihn mit zerstücktem Kopfe und zerbrochenen Gliedern tot auf.

Den Konkurs angemeldet haben: Buchdruckerbesitzer und Buchhändler Karl Lahmann in Klein-Zabrze am 20. Juni und die Buchdruckerfirma Bickel & Levy in Mühlhausen im Elsaß am 18. Juni.

Der Redakteur des halleischen Volksblattes Swienty hatte eben eine Windbrandentzündung glücklich überstanden und bereits seine Tätigkeit in der Redaktion wieder aufgenommen, als er erneut an Typhus erkrankte. In einem Fieberanfälle stürzte er sich am 3. Juli aus dem Fenster (nach einer andern Nachricht hat er sich, um Luft zu schöpfen, zu weit aus dem Fenster gelehnt und ist dabei hinabgestürzt) und verstarb auf dem Transporte nach dem Krankenhaus. Er ist nur 30 Jahre alt geworden und gehörte seit vier Jahren der Redaktion des Volksblattes an.

Der Romanschriftsteller Robert Bly (Rob. v. Bajer) ist am 1. Juli in Baden-Baden, wo er sich zur Kur aufhielt, im Alter von 67 Jahren gestorben.

Im Verlage von Morawski und unter Redaktion von Frau Dr. Emma Golde erschien f. Z. eine Sammlung von polnischen Liedern, die einzeln schon früher in die Öffentlichkeit gekommen ohne Beanspruchung. In Weutchen hat man jetzt eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten darin gefunden und den Verleger zu zwei Jahren Gefängnis, die Dr. Golde zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Eine Berichtigung unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes auf einen Bericht zu senden, der noch gar nicht erschienen war, das hat der Gutsbesitzer Feustel fertig gebracht. Derselbe hielt in Bayreuth in einer Blinderverammlung seine Kandidatenrede (es hat dort eine Erbschaft zum Reichstage stattgefunden) und wurde von einem Sozialdemokraten arg in die Enge getrieben. Dies veranlaßte ihn, aus der Versammlung zu verschwinden und schickte eine Zuschrift an die Oberfr. Volkszeitung zu verfassen, in welcher er die Redaktion aufforderte, den „ebenfalls eintreffenden Versammlungsbericht“ in verschiedenen näher bezeichneten Punkten richtig zu stellen.

Die International Typographical Union hat eine neue Statistik aufgenommen über die Löhne, Arbeitszeit, Zahl der Sechsmaschinen, Hand- und Maschinenseher Nordamerikas. Von 476 bestehenden Zweigvereinen haben 450 Berichte eingekandt mit im ganzen 363 Tarifen für Morgen- und 436 für Abendzeiten, 390 für Wochenblätter, 466 für Werk- und Accidenzdruckereien. Die neue Statistik zeigt im Vergleiche zu der vor Jahresfrist aufgenommenen sowohl in Verkürzung der Arbeitszeit wie Erhöhung der Löhne wieder gute Fortschritte. Die Tarife für Handjäger wurden in 277 Fällen und diejenigen für Maschinenjäger in 92 Fällen erhöht und die Arbeitszeit in Handoffizinen in 279 Fällen und in Maschinenoffizinen in 75 Fällen reduziert. Die Arbeitszeit der Maschinenseher übersteigt nur in wenigen Fällen noch 48 Stunden pro Woche und auch in den Werk- und Accidenzdruckereien wird nur noch ganz vereinzelt mehr als 54 Stunden gearbeitet. Die Zahl der Sechsmaschinen hat um 840 zugenommen und beträgt 5815 (Mergenthaler 5309, Thorne 57, Empire 43, Rogers 103, Sim-

plex 108, Lanston 111, Monoline 84). In den Verbandsdruckereien sind bei 4766 Sechsmaschinen 8064 organisierte Gehilfen und 916 nichtorganisierte beschäftigt.

In München tagte der vierte Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Voraus ging eine öffentliche Versammlung, in welcher Brust-Alteneisen über die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften dieser Art insgeamt auf 175079 an, gegen das erste Quartal 1901 ein Zuwachs von 15397, während der Gesamtverband nur etwa 84000 Mitglieder zählt. Prof. Franke-Berlin hielt hierauf einen Vortrag über die Notwendigkeit des internationalen gesetzlichen Arbeiterschutzes, bei welcher Gelegenheit Redner bedauerte, daß die freien Gewerkschaften, nach seiner Ansicht auf Geheiß der sozialdemokratischen Partei, sich von dem internationalen Verbände für gesetzlichen Arbeiterschutz fernhielten. Danach wurden noch mehrere Reden gehalten, die ein weiteres Interesse nicht in Anspruch nehmen. — Zum Kongresse hatten sich 55 Delegierte eingefunden, nur „wirkliche Arbeiter“, ausnahmsweise wurde der Pastor Wumm als Vertreter des Bundes der Freischüler und der Lehrerin Fr. Böhm in Vertretung des Verbandes der Heimarbeiterinnen zugelassen. Nach dem geschäftlichen Teile wurde zunächst die Gründung von Konsumvereinen, natürlich nur für die christlichen Arbeiter, empfohlen und sodann eine Resolution betreffs der Frauenarbeit angenommen; es wird u. a. ein Normalarbeitstag von acht Stunden verlangt. Weiter sollen die Landarbeiter in die Agitation einbezogen werden. — Die Hauptversammlung des Verbandes beschäftigte sich fast ausschließlich mit einem häuslichen Streite, der zwischen den Führern Brust-Wiesberts einerseits und Wieber andererseits ausgebrochen. Wieber hatte das „Verbrechen“ begangen, sich gegen die Brotwucher-Politik des Zentrums aufzulehnen. Es gelang den erstern, den „Verbrecher“ samt seinem Metallarbeiterverbande (Sitz Duisburg) hinzuzaubern; es soll nun die Bildung eines neuen Verbandes der Metallarbeiter in die Wege geleitet werden.

Das preussische Kammergericht hat der Polizei wieder etwas Arbeit abgenommen, indem es die Regierungs-Polizeiverordnungen, soweit sich dieselben auf Tanzveranstaltungen geschlossener Gesellschaften beziehen, für rechtswidrig erklärte: Allerdings gehöre zu den Gegenständen polizeilicher Regelung nach § 6 des Polizeiverwaltungsgesetzes im öffentlichen Interesse die Ueberwachung betr. Aufnahme und Beherbergung von Fremden sowie in Bezug auf die Wein-, Bier- und Kaffeewirtschaften und sonstige Einrichtungen zur Verabreichung von Speisen und Getränken. Die Ueberlassung eines Raumes eines öffentlichen Lokales an Private und geschlossene Gesellschaften (Vereine usw.) zur Abhaltung eines Tanzergnizens habe aber damit nichts zu tun. Der einer solchen Gesellschaft überlassene Raum eines öffentlichen Lokals scheidet für die Zeit, wo ihn die Gesellschaft für sich habe, aus dem öffentlichen Wirtschaftsgebiete aus, wäre so lange ein privater Raum. Da nun die Polizei ihre Einwirkung auf den öffentlichen Verkehr, die öffentliche Sicherheit, die öffentliche Ordnung zu beschränken habe, so seien polizeiliche Vorschriften rechtsungültig, die die Anzeige eines in einem öffentlichen Lokale stattfindenden nicht-öffentlichen Tanzergnizens verlangen. Eine nichtöffentliche Tanzlustbarkeit in einem sonst öffentlichen Lokale bedürfe weder einer polizeilichen Genehmigung noch einer Anzeige durch den Wirt.

Wieder ein Zusammenbruch einer Krankenkasse wird aus Berlin gemeldet. Die Zentralkrankenkasse für Deutschland, eingeschriebene Hilfskasse, hat sich aufgelöst. Bei Beobachtung der in dem Hilfskassengesetze bezüglich des Reservefonds gegebenen Vorschriften, auf deren Innehaltung von der Aufsichtsbehörde mit aller Strenge gesehen wird, war die Kasse nicht lebensfähig zu erhalten.

Das neue Wahlgesetz in Hessen ist von der zweiten Kammer in zweiter Lesung mit 32 gegen 4 Stimmen angenommen worden. Wegen das allgemeine direkte und geheime Wahlrecht stimmten nur 2 Abgeordnete, dagegen wurde die in erster Lesung beschlossene Wahlpflicht mit 20 gegen 18 Stimmen abgelehnt, ebenso wurde über die künftige Zusammenfassung der Kammer (Vermehrung der Städtevertreter) eine Einigung nicht erzielt. Aus letztem Grunde soll das neue Gesetz erst am 1. Januar 1908 in Kraft treten. Das kommt auf eine Ablehnung des ganzen Gesetzes hinaus, denn bis dahin kann noch manches anders kommen.

Die Auflösung der Zwangsinnung der Bildhauer in Leipzig ist rechtskräftig geworden, sie stellt mit Ende September ihre Tätigkeit ein. Die Gehilfen hatten von vornherein ihre Mitwirkung versagt, es kam daher kein Gehilfenauschuss zu stande. Von der Tätigkeit der Innung ist weiter nichts bekannt geworden als die Verfolgung der um Besserstellung ringenden Succateure mittels schwarzer Listen auch nach allen größeren Städten Deutschlands.

Das Gewerbeaufsichtsgesetz in Preußen bestand, daß ein langjähriger Ortsgebrauch die Bestimmungen der Gewerbeordnung aufhebe. Im vorliegenden Falle handelte es sich um unterlassene Fünzigung. Dem ist entgegenzuhalten, daß der „Ortsgebrauch“ sich nicht ohne weiteres mit der in der Gewerbeordnung vorgezeichneten „anderweitigen Verabredung“ deckt. Gesetze werden doch geschaffen, um bisherige Gebräuche, die sehr oft in Mißbräuche ausarteten, in Wegfall zu bringen.

Nach dem Entschiede des Gewerbegerichtes in Reichensbach i. B. ist in der Verabfolgung von 10 bis 12 Uhr-tägigen keine Ueberfreitung des Büchtingsrechtes zu

erblicken. Danach wurde der Vater des hierherab davon gelaufenen Lehrlings zur Zahlung von 154 Mk. Entschädigung an den betreffenden Meister verurteilt.

In Nürnberg, Fürth und Umgebung traten am 1. Juli die Tarife in Kraft, welche nach zweijährigen Verhandlungen zwischen den Schutzverbände-Brauereien einerseits und zwei Brauerorganisationen und den Verbänden der Böttner, Handelskassensarbeiter, Heizer und Maschinisten und dem Nürnberger Gewerkschaftsverband andererseits vereinbart wurden. Es sind dies vier verschiedene Tarife, deren Gültigkeit sich auf die gleiche Zeitdauer erstreckt. Fast gleichzeitig trat der Tarif der Silberschläger in Kraft.

In Tübingen hat eine Bankfirma ihre Zahlungen eingestellt, welche eine halbe Million schuldet, aber nur 50 000 Mk. hat.

In Düsseldorf wurde ein Fabrikant wegen Butterfälschung zu zwei Monaten Gefängnis und 500 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Ueber die Streiks im Jahre 1901 berichtet nun auch das neueste Vierteljahresschrift der Statistik des Deutschen Reiches, vorläufig in gedrängter tabellarischer Uebersicht, eine ausführliche Arbeit hierüber soll demnächst erscheinen. Der Vorwärts teilt aus den gegebenen Tabellen folgende Ziffern mit: Beendete Streiks werden 1056 aufgeführt, als Höchstzahl der gleichzeitig Beteiligten 55 262. Vom Streik betroffen wurden 4561 Betriebe, von denen 1178 völlig zum Stillstand kamen. In den vom Streik betroffenen Betrieben wurden beim Ausbruch des Streiks 141 220 Arbeiter beschäftigt. Die Höchstzahl der am Streik nicht beteiligten, aber insolge desselben Freunden betrug 7420. Vollen Erfolg hatten 200, keinen Erfolg 571, teilweisen Erfolg 285 Streiks. Durch Verhandlungen vor dem Gewerbegericht sind 30, durch Verhandlungen zwischen den Parteien 384, durch Vermittlung von Berufsorganisationen oder dritter Personen 164 Streiks beendet worden. Der Antrag auf Verhandlung ging in 434 Fällen von den Arbeitern, in 173 Fällen von den Arbeitgeber aus. Zu polizeilichen Maßnahmen gaben 239, zum Einschreiten der Staatsanwaltschaft 159 Streiks Veranlassung. Die Ausperrungen führten die amtliche Statistik gesondert auf. Es sind deren 35 in 238 Betrieben mit 7980 Arbeitern. Die Zahl der ausgesperrten Arbeiter beträgt 5414. Die Ausperrung hatte in 16 Fällen vollen, in 8 Fällen teilweisen, in 11 Fällen keinen Erfolg. — Die Abweichungen von der von der Generalkommission aufgenommenen Statistik sind nicht allzu erheblich und erklären sich zum Teile aus dem Umstande, daß nach verschiedenen Methoden gearbeitet wird, abgesehen davon, daß die Angaben der Beteiligten nicht immer auf Zuverlässigkeit Anspruch machen können. Die hier aufgeführten „polizeilichen Maßnahmen“ dürften zum großen Teile dem Ueberseher der Polizei zuzuschreiben sein, der bekanntlich in vielen Fällen erst das „Einschreiten der Staatsanwaltschaft“ zur Folge hat. Diese speziellen Ziffern würden sehr zusammenzuschmelzen, wenn man den Arbeitern etwa die gleiche Bewegungsfreiheit gestattete, wie sie die Unternehmer ungehindert auszuüben pflegen.

Im Monate Mai wurden dem französischen Arbeitsamt 43 Streiks gemeldet, gegen 61 im Mai des Vorjahres. Die Zahl der beteiligten Arbeiter, die für 39 Streiks bekannt gegeben wurde, betrug 17 974. Der Umfang der Streiks war nur gering; in 34 Fällen beschränkte er sich auf je einen Betrieb. 6 der Streiks dauerten einen Tag und weniger, 5 währten je 2 Tage, 5 je 4, 3 je 7 Tage usw., der längste hatte eine Dauer von 24 Tagen. Die Ursachen der Streiks waren bei 23 eine Forderung auf Lohnhöhung, bei 8 die Abwehr einer angebotenen Lohnreduktion, bei 4 handelte es sich um Verfüzung der Arbeitszeit, 4 wurden geführt, um die Entlassung eines Aufsehers durchzusetzen, 2 wegen Wiedereinstellung von entlassenen Arbeitern, 2 wegen sonstiger Arbeitsverhältnisse. Von den im Mai beendeten Streiks waren 8 für die Arbeiter erfolgreich, 13 erfolglos und 17 endeten durch Kompromiß.

Ausstände. In Berlin befinden sich 41 Former der Niles Werkzeugmaschinenfabrik in einem Abwehrstreik. Ein Streik der Elektromonteur bei der Firma Hardegen daselbst endete zu Gunsten der Arbeiter. In Dresden wollen die Feingoldschläger in den Streik treten, wenn nicht innerhalb der Kündigungszeit der von ihnen vorgelegte Tarif, der u. a. 8 1/2 stündige Arbeitszeit fordert, von den Unternehmern anerkannt wird. In Hannover legten die Steinseker der Firma Korrad die Arbeit nieder. Ursache: eine rigorose Arbeitsordnung. — Auf verschiedenen Schächten in Böhmen sind die Arbeiter, im ganzen etwa 2000 Mann, in den Streik getreten, eine einstündige Mittagspause verlangend. Aus Laibach werden mehrere Streiks von Bahn- resp. Steinbrucharbeitern gemeldet. Im Kohlenreviere von Pennsylvania geht der Streik seinem Ende entgegen. In Canada traten die Angestellten der Nord-Eisenbahngesellschaft, ausschließlich der Bürobeamten, in den Ausstand, Anerkennung ihrer Organisation verlangend. Die Arbeiter der Maschinenwerkstätte streikten aus diesem Grunde bereits seit einigen Wochen.

Singänge.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dieß Verlag) enthalten die Hefte 38 und 39 u. a.: Etwas über Prinzipienpolitik. Drei Schweizer Wohnungsnetzen, von C. Hugo. Ueber die ökonomische Lage der Provinzjahnpfänger. Amerikanische Expansionspolitik in Ostasien, von Heintz. Umow. Der vierte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands, von Adolf Braun. Der fünfte internationale Textilarbeiterkongreß in Zürich, von A. Baudert. Die Arbeiterbewegung in Argentinien. Kindersterblichkeit und Rekrutentauglichkeit, von S. Rosenfeld. Literarische Rundschau. — Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporture zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen.

Griechen.

J. St. in Koblenz: Sie sind in diesem Falle nach Leistung von zwei Beiträgen zur Orts-Unterstützung berechtigt. — R. G. in Birmans: Sie hatten früher die Beiträge zu leisten, es sind jetzt lediglich feste Bestimmungen

in dieser Frage getroffen worden. — C. W. St.: J. Miller, Indianapolis (Ind.), Room 8; De Solo Blvd. — L. in St.: 3,50 Mk.

Verbandsnachrichten.

Hauptverwaltung. Von einem der Herren Delegierten zur Generalversammlung ist im Hotel Treffer-München ein Spazierstock stehen gelassen worden, welcher von dem Hotelportier zur Uebersetzung an den Eigentümer und zugefandt wurde. Wir ersuchen um gest. Mitteilung nach hier, wohin der Stock gesandt werden soll.

Brandenburg. Der Austausch der Johannisfest-Drucksachen wird durch Kollegen E. Wornetz, Fohrberstraße 1, III, bejorgt.

Bremen. Die Sperre über die Firma Drbemann (Bremer Courier) ist hiermit aufgehoben.

Köpenick-Friedrichshagen. Der Vorstand besteht aus den Kollegen Th. Schütt, erster Vorsitzender; Max Stelter, zweiter Vorsitzender und erster Kassierer; Hermann Kufmann, zweiter Kassierer; Joh. Pucke, erster Schriftführer; Ernst Lehmann, zweiter Schriftführer; die ersten beiden in Köpenick, die übrigen in Friedrichshagen.

Biesbaden. (Maschinensekretärverein.) Der Vorstand setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: W. Zepher, Vorsitzender; P. Ziegler, Schriftführer; Seidel, Kassierer; Habicht, Beisitzer.

Zwickau. Den Austausch der Johannisfest-Drucksachen bejorgt Kollege Emil Capjer, Gaudauerstraße 6.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigeliegte Adresse zu richten):

In Hof der Seher Wilhelm Fickenscher, geb. in Hof 1861, ausgel. das. 1879; war schon Mitglied. — In München die Seher 1. Anton Saureffig, geb. in Caub a. Rh. 1883, ausgel. in München 1901; war noch nicht Mitglied; 2. Leopold Kohn, geb. in Budapest 1854, ausgel. das. 1868; war schon Mitglied. — In Sulzbach der Seher Berthold Eitel, geb. in Schlettau 1884, ausgel. in Annaberg 1902; war noch nicht Mitglied. — In Egerneise der Seher Josef Brandt, geb. in Rosenheim 1867, ausgel. das. 1886; war schon Mitglied. — Ludwig Boeltch in München, Muenstraße 22, I. r.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Hauptverwaltung. Die Herren Verwalter wollen dem Seher Paul Dully aus Desjau (784 Nordwest, Hauptst.-Nr. 40104) auf Grund § 11, Absatz 2c, Buch und Reiselegitimation abnehmen und beides nach hier einfehlen. — Dem Seher Franz Prinzler aus Eisenach (Hauptst.-Nr. 20229) sind 70 Tage Orts-Unterstützung und dem Seher Georg Littfart aus Erier (Hauptbuch-Nummer 10603) 140 Tage Orts-Unterstützung zu der Gesamtzahl der Unterstützungsstage auf der Legitimation zuzuschreiben. Ueber die Erledigung dieser Notiz wollen die Herren Verwalter eine Bemerkung in die Quittungsbücher der beiden Kollegen machen.

Billig! Buchdruckerei, elektrischer Betrieb, H. Rundschaff, „4050“ Berlin 18.

Verlagsgeschäft (Berlin, beste Geschäftslage) möchte seine Buchdruckerei an tücht. Fachmann abtreten. Diese ist mit neuen, erstklassigen Maschinen usw. (Schneidpr., Ziegeldruckpr., Schneidemaschine, Elektromotor) ausgestattet, erweiterungsfähig, u. es würden dem Käufer die besten Druckaufträge des fragl. Verlages auf mehrere Jahre vertraglich zugesichert. Auf Wunsch Zahlungsverleicherung. Man wende sich an: **Eckhard Stein**, Berlin SO 26, Eckschaffstr. 5/6. [181]

Schweizerdegen

in moderne Druckerei Münchens gesucht. Derjenige kann sich bei hohem Gehaltsanteile mit 3000 Mk. beteiligen. Beste Offerten unter „Teilhaber“ erbeten München, Postamt 33, Landwehrstraße 61. [176]

Accidenzseker

(erste Kraft), tüchtig im Entwurfe und Sabe moderner Arbeiter, sucht per 1. August oder später selbständige Stellung. Entwürfe und Sammler gern zu Diensten. Prima Referenzen. Beste Offerten erbeten unter A. 182 an die Geschäftsstelle D. W. erbeten.

Accidenz- u. Annoncenseker

jung, korrekt in allen Sarten, sucht sofort Kondition. Beste Offerten an O. Hermann, Postlagernd Weimar (Schwaben). [173]

Junger Schriftseker

sucht sofort tarifmäßige Kondition. Beste Offerten wolle man senden an F. Lange, Charlottenburg, Sophie-Charlottenstr. 11.

Achtung! Achtung! Stereotypen u. Galvanoplastiker.

Bei Konditionsannahme nach Berlin sind vorher Entwürfen einzuziehen im Arbeitsnachweise, Prinz Albrechtstraße 3, Restaurant Schulz, oder beim Vorstehenden Th. Weyland, Kolonnenstraße 37, I. [140]

Hamburg-Altona. Maschinenmeisterverein.

Sonnabend den 12. Juli, abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn J. Oph, Kaiser Wilhelmstr. 48:

Monatsversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Abrechnung über das 2. Quartal 1902; 3. Genehmigung des Programms zum Empfang der Schweriner Kollegen; 4. Vortrag des Herrn Oskar Ziebers aus Hannover über Ziegelndruckerei; 5. Technisches. Der wichtigen Tagesordnung halber wird präzis 9 Uhr angefangen und ersucht um zahlreiches, pünktliches Erscheinen. Der Vorstand. Gleichzeitig teilen wir den Kollegen hierdurch mit, daß am Montag den 14. Juli, abends 9 Uhr, im Vereinstokale der

Kursus im Tonplattenschnitte

seinen Anfang nimmt und werden an diesem Abende noch Anmeldungen entgegengenommen. Es bittet auch hier um pünktliches Erscheinen. D. O. [175]

Hermann Sachse Halle-Saale

Ludwig Wuchererstraße 28 empfiehlt den Herren Kollegen sämtliche technische Artikel als: Winkelhasen, Nuten, Abklopfen, Pinzetten, Zurechtmessere, Zurechtseheren usw. Ferner: Sekerblusen und Schutzanzüge. Man verlange Preisliste. Bitte stets genau wie oben zu adressieren. Vertreter für Berlin und Umgebung: Franz Seil, Nordorf, Hermannstr. 55.

Man verlange Preisliste. Bitte stets genau wie oben zu adressieren. Vertreter für Berlin und Umgebung: Franz Seil, Nordorf, Hermannstr. 55.

Graphischer Anzeiger Halle a.S.

Zusendung gratis franco. Enthält stets Neuheiten in Farben, Wappen u. technischen Artikeln. Fachliteratur.

Höchsten Gütepunkt zum heutigen 30. Geburtstag wünsche ich Ihnen, doch wohl Bekannte aus Köln. Besten Gruß! [179]

Carl Reichenbach

München • Heustr. 29/0 Permanent. Musterausstellung und Lager (electr. Betrieb) von: Berger & Wirth, Leipzig J. G. Mailänder, Cannstatt

Bedingungslos und Invaliden, die sich durch Vertrieb unserer allgemein beliebten Artikel guten Verdienst verschaffen wollen, mögen sich umgehend melden. [77] Graphische Verlags-Anstalt, Halle a. S.

Dresden.

Dienstag, 8. Juli, abends 1/9 Uhr: Versammlung der Dresdener Gaumitglieder im Volkshaus, Eingang: Ribbenbergstr. 2 und Magstraße 13. Tagesordnung: Berichterstattung über die Generalversammlung in München. Der Vorstand. [158]

Dresdener Buchdrucker-Verein.

Sonnabend den 12. Juli, nachm. 5 Uhr:

Johannisfest

im Etablissement Lindesches Bad. Die geehrten Mitglieder nebst wertvollen Angehörigen und die Kollegen der umliegenden Drucksachen sind hierzu freundlichst eingeladen. [168] Der Vorstand.

Düsseldorf 1902. Rheinisch-Westfälischer Buchdrucker-Kongress.

Da die Anmeldungen zur Teilnahme an dem zum 20. Juli geplanten Kongress und Ausstellungsbesuche so spärlich eingelaufen sind, sieht sich die unterzeichnete Kommission veranlaßt, den Ausstellungsbesuch nicht stattfinden zu lassen. Da die Kollegen Rheinlands-Westfalens dem Unternehmen kein Interesse entgegengebracht haben, muß von einer offiziellen Feier Abstand genommen werden. Etwa trotzdem eintreffenden Kollegen wird Unterzeichner gern mit Rat und Auskunft zur Seite stehen. Die Lokalkommission. [172] J. W. Ehr. Wilm, Birkenstr. 5.

Zwickau.

Infolge der Landestrainer findet das diesjährige Johannisfest erst am 20. Juli im Restaurant Selweder (Wasser) in Bekant gegeben. Die Kollegen der umliegenden Drucksachen werden hierzu nochmals freundlichst eingeladen. Der Lokalkommission. [174]

Am 2. Juli wurde unser braver und treuer Kollege

Johann Käding

im Alter von 81 Jahren durch einen Herzschlag aus unserer Mitte gerissen. Sein allezeit kollegiales Verhalten sichert ihm ein bleibendes Andenken. [178] Vereln Stettiner Buchdrucker.

Tabellen zur Satzberchnung

Hch. Härtel in Leipzig. D. — 3 Mk.